

Liebe Kolleg*innen, liebe Kammermitglieder,

wenn Sie diese Zeilen lesen, sind wir mit unserer Geschäftsstelle bereits in neue Räume in die Alstercity in die Weidestraße 122c umgezogen. Wir wollen Ihnen hier neben dem Bericht zur 87. Delegiertenversammlung am 18. Mai

2022 und einem Bericht zu unserer Umfrage unter unseren KJP-Mitgliedern zur psychotherapeutischen Arbeit unter Coronabedingungen von Dr. Tanja Tischler einige Impressionen vom Umzug in die neuen Geschäftsräume zeigen.

Come-together in den Geschäftsräumen in der Weidestraße 122c ausklingen lassen.

Wir freuen uns darauf, Sie zukünftig in den neuen Räumen willkommen zu heißen.



Am bislang heißesten Tag des Jahres fand die Schlüsselübergabe zur neuen Immobilie statt und Dank tatkräftiger Unterstützung der Mitarbeiterinnen gelang der Umzug derart gut, dass wir bereits am 1. August 2022 in den neuen Geschäftsräumen einsatzbereit waren.

Mit dem Umzug in die neuen Räume sind wir näher mit allen anderen Hamburger Heilberufekammern zusammengedrückt und werden damit die Zusammenarbeit erleichtern.

Den 8. Hamburger Psychotherapeutentag am 10. September 2022 werden wir mit einem



Bericht von der 87. Sitzung der Delegiertenversammlung

Am 18. Mai 2022 tagte die 87. Delegiertenversammlung (DV) der Psychotherapeutenkammer Hamburg nach langer Zeit endlich wieder in Präsenz. Und es zeigte sich sogleich, dass auch Präsenzveranstaltungen ihre Tücken haben können. Aufgrund einer Vollsperrung an der Außenalster kamen zahlreiche Delegierte erheblich verspätet. Da auch Präsidentin Heike Peper betroffen war, eröffnete Vizepräsident Torsten Michels die 87. Sitzung der Hamburger Delegiertenversammlung und begrüßte die anwesenden Delegierten. Nach einigen vorgezogenen Berichten aus den Ausschüssen konnte Heike Peper endlich die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit feststellen und die Tagesordnung ohne Änderungen beschließen lassen. Die Delegierten nahmen die Verzögerung mit Humor, dankten den Berichtenden für die unterhaltsame Überbrückung und stiegen

danach engagiert in die Tagesordnung ein. Heike Peper gab einen Überblick zu den Vorbereitungen zum Kammerjubiläum und zum Hamburger Psychotherapeutentag. Außerdem kündigte sie notwendige Änderungen der Kammerstatut und verschiedener Ordnungen aufgrund der bevorstehenden Revision des Heilberufekammergesetzes an.

Anschließend berichtete sie über Nachbesetzungen für Kommissionen und bat um Kenntnisnahme durch die Delegiertenversammlung. Für die Prüfungskommission Neuropsychologische Therapie hatten sich Dipl.-Psych. Claudia Schönemann, Dipl.-Psych. Rainer Guder und Dr. Thomas Bonnekamp zur Verfügung gestellt, sowie als Stellvertretungen Dipl.-Psych. Stefanie König und Dipl.-Psych. Sabine Lang. Heike Peper dankte den ausscheidenden Mitgliedern Dipl.-Psych. Susanne Arp und

Dipl.-Psych. Dieter Gottschalg für ihr geleistetes Engagement und begrüßte die neu benannten Mitglieder.

In der Prüfungskommission Systemische Therapie gab es einen Wechsel im Vorsitz. Hier löste Dr. Brigitte Gemeinhardt PD Dr. Kirsten von Sydow ab. Auch ihnen galt der Dank der Delegierten.

Die Amtszeit der ehrenamtlichen Richter*innen am Heilberufegerichtshof lief zum 30. Juni 2022 aus. Alle bisherigen ehrenamtlichen Richter*innen (Prof. Dr. Beatrix Gromus, Dipl.-Psych. Reinhard Kleber und Dipl.-Päd. Petra Rupp) hatten sich erneut bereit erklärt, für eine weitere Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Allen Engagierten sei auch von dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

Nach dem Bericht von Dr. Tanja Tischler über die Umfrage zur Situation der KJP in Pandemiezeiten (s. u.) schlossen sich noch Berichte von Dr. Thomas Bonnekamp zu den aktuellen Entwicklungen zum Thema Qualitätssicherung aus dem BPtK-Round-Table-Gespräch und von Kerstin Sude zu den Aktivitäten der BPtK-Kommission „Digitale Agenda“ an.

Im nächsten Tagesordnungspunkt erläuterte Karen Walter den Jahresabschluss 2021, der erstmalig mit DATEV erstellt worden war. Ricarda Müller als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses berichtete von der Prüfung und bedankte sich bei der Geschäftsstelle für die transparente Buchführung und beantragte die Entlastung des Vorstandes für das Rechnungsjahr 2021. Heike Peper stellte danach den Jahresabschluss zur Abstimmung:

Der ursprüngliche Haushaltsansatz 2021 berücksichtigte sowohl einen Umzug der Geschäftsstelle als auch ein umfangreiches Veranstaltungs- und Fortbildungsprogramm sowie eine personelle Aufstockung in der Geschäftsstelle. Das reale Haushaltsjahr 2021 war dagegen

erneut stark von der Corona-Pandemie geprägt. Viele Sitzungsformate wurden auf Online-Veranstaltungen umgestellt, leider war auch die Veranstaltungs- und Fortbildungsplanung der PTK obsolet. Viele der vorgesehenen Termine wurden auf 2022 verschoben. Nach der ausführlichen Erläuterung stimmten die Delegierten einstimmig der Entlastung des Vorstandes und dem Jahresabschluss 2021 zu.

Nach einer kurzen Einführung durch Heike Peper in die Themen des wenige Tage zurückliegenden 40. DPT berichteten die Hamburger DPT-Delegierten über die Inhalte der Beratungen, die gefassten Beschlüsse und die Resolutionen. Einen ausführlichen Bericht zum DPT finden Sie auf der Website der BPtK (www.bptk.de).

Abschließend wurde die auf dem 40. DPT vollständig beschlossene Musterweiterbildungsordnung (MWBO) als letzter Tagesordnungspunkt diskutiert. Professor Rainer Richter hatte von letzten Anpassungen der MWBO berichtet. Über die Umsetzung der Weiterbildung und die Finanzierung der Weiterbildung informierte Dr. Helene Timmermann. Außerdem

berichtete sie von der Erarbeitung einer Richtlinie für das E-Logbuch.

Der Vorstand schlug vor, die auf dem 40. DPT beschlossenen Änderungen und Ergänzungen in den Entwurf der Hamburger Weiterbildungsordnung einzufügen. Dieser Vorschlag wurde von den Delegierten begrüßt. Dr. Tanja Tischler, Referentin für Weiterbildung, berichtete, dass aktuell an Formulierungen für die Musterrichtlinien zur Anerkennung von Weiterbildungsbefugten und Weiterbildungsstätten mit der Projektgruppe, die den Vorstand bei der Umsetzung der Weiterbildung in Hamburg berät, gearbeitet werde.

Auf Rückfrage erläutert Anke Huß als Vertreterin der Aufsichtsbehörde, dass sich die Revision des Heilberufekammergesetzes aktuell zur Abstimmung bei der Justizbehörde befinde. Diese Revision ist Voraussetzung für die Verabschiedung einer neuen Weiterbildungsordnung.

Mit einem Dank für die angeregte Diskussion und die konzentrierte Mitarbeit schloss Heike Peper die Sitzung.

TM

KJP in der Pandemie

Im Jahr drei seit Beginn der Corona-Pandemie scheint eine gewisse gesellschaftliche Normalität zurückzukehren, ungeachtet von womöglich im Herbst wieder steigenden Infektionszahlen. So „normal“ wie der Alltag derzeit wieder erscheint, die vergangenen zwei Jahre haben Spuren hinterlassen. Zahlreiche Studien zur psychischen Gesundheit in Pandemiezeiten zeigen, dass insbesondere Kinder und Jugendliche unter der Situation leiden (vgl. Ergebnisse der COPSY-Längsschnittstudie). So gaben im Rahmen der COPSY-Studie zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen (Ravens-Sieberer et al., 2021) etwa 70 % der Befragten an, die Zeit als große Belastung wahrzunehmen. Vor der Pandemie lag die Prävalenz für psychische Probleme demnach bei 7- bis 17-Jähri-

gen bei 9,9 %, in der Pandemie wuchs sie auf 17,8 %. Neben Hyperaktivität und emotionalen Problemen (Elternberichte) nahm die Zahl generalisierter Angstsymptome (Selbstberichte) zu.

Die Psychotherapeutenkammer Hamburg hat diese Befunde zum Anlass genommen, ihre Mitglieder, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zur aktuellen Situation in ihrer täglichen Praxis zu befragen. Im Ergebnis der Online-Umfrage unter den Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen bestätigte sich die auch in anderen Studien nachgewiesene Belastung durch Corona in den Antworten der praktisch tätigen Kolleg*innen:

Mehr als 80 % der Befragten berichteten über eine Erhöhung der Nachfrage

um mehr als 40 % in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereichen (Praxen, Kliniken, Beratungsstellen). Damit einhergehend beträgt die durchschnittliche Wartezeit für therapeutische Angebote nun etwa 30 Wochen – dies ist mehr als eine Verdoppelung der Wartezeit im Vergleich zur präpandemischen Zeit, in der Patient*innen/Klient*innen im Schnitt 13 Wochen auf ein Angebot warten mussten (vgl. Abb. 1). Die Mehrheit der Befragten stellte außerdem eine Veränderung in den Gründen für die Inanspruchnahme von psychotherapeutischen Angeboten fest (vgl. Abb. 2):

Als Hauptgründe für das Aufsuchen von Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen wurden vornehmlich Angststörungen und Depressionen genannt, ausgelöst vor allem durch die

unter den Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung (Lockdown) entstandene Isolation durch Homeschooling und dem damit einhergehenden Mangel an sozialen Kontakten und Freizeitaktivitäten. Diese Symptommhäufung deckt sich mit anderen Studien (Brown et al., 2020; Calvano et al., 2021). Mit Blick auf die Zusammensetzung der akut hilfesuchenden Patient*innen/Klient*innen konnte ebenfalls eine Verschiebung beobachtet werden (vgl. Abb. 3):

Es meldeten sich häufiger Mädchen im Jugendalter, die den Gymnasialzweig besuchten und aus sozioökonomisch starken Familien stammten. Dies stellt insofern eine bemerkenswerte Entwicklung dar, da die Korrelationen zwischen sozioökonomischem Status und der Entwicklung von psychischen Störungen bislang eher zu Ungunsten sozioökonomisch schwächerer Familien ausfielen (Klasen et al., 2017).

Gefragt nach weiteren Veränderungen seitens der Patient*innen/Klient*innen gaben die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen an, dass es vermehrt zu Wiedervorstellungen nach bereits abgeschlossenen Therapien kam und insgesamt längere Behandlungszeiten nötig waren. Dies spricht ebenfalls für eine gestiegene psychische Belastung der Patient*innen und ihrer Familien.

Durch die gesteigerten Anforderungen – insbesondere in Zeiten der Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen – passten viele Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen ihren Praxisalltag an die Gegebenheiten an. So etablierten sich videogestützte Therapie- und Beratungsangebote, Sprechstunden am Samstag, Gruppenangebote, längere Sprechstundenzeiten, mehr Kriseninterventionen und Behandlungen in längeren Intervallen, um mehr Hilfesuchende kurzfristig unterstützen zu können.

Abschließend wollte die Kammer in der Umfrage von ihren Mitgliedern wissen, welche Wünsche und Forderungen sie nach mehr als zwei Jahren Ausnahmezustand an die Politik richten (Abb. 4).

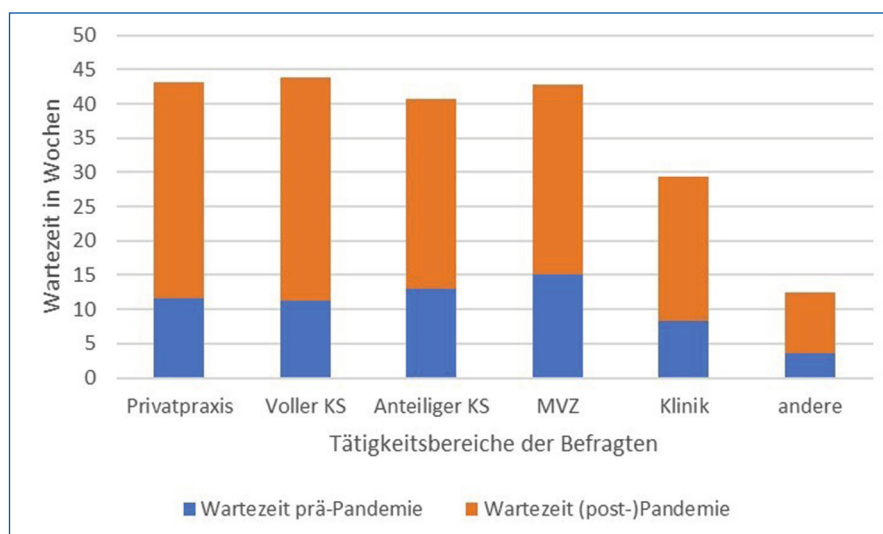


Abbildung 1: Veränderung der Wartezeiten für einen Therapie-/Behandlungsplatz in Wochen in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen der Befragten

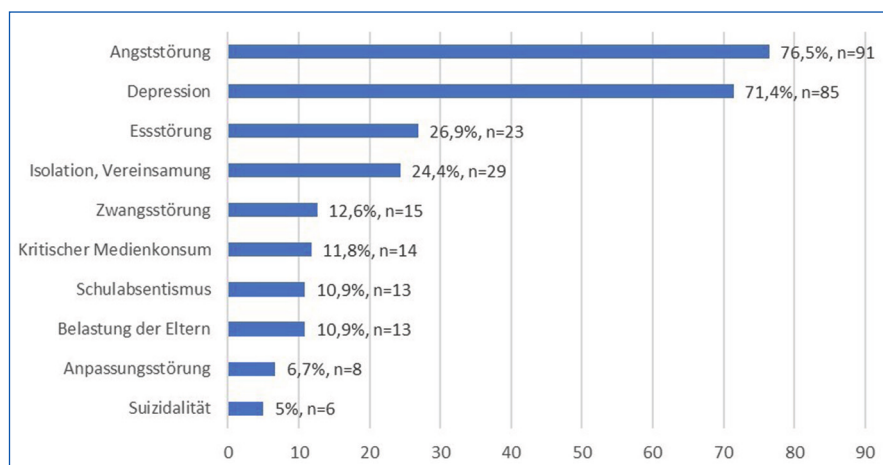


Abbildung 2: Veränderte Gründe für die Inanspruchnahme von psychotherapeutischen Angeboten (n = 119)

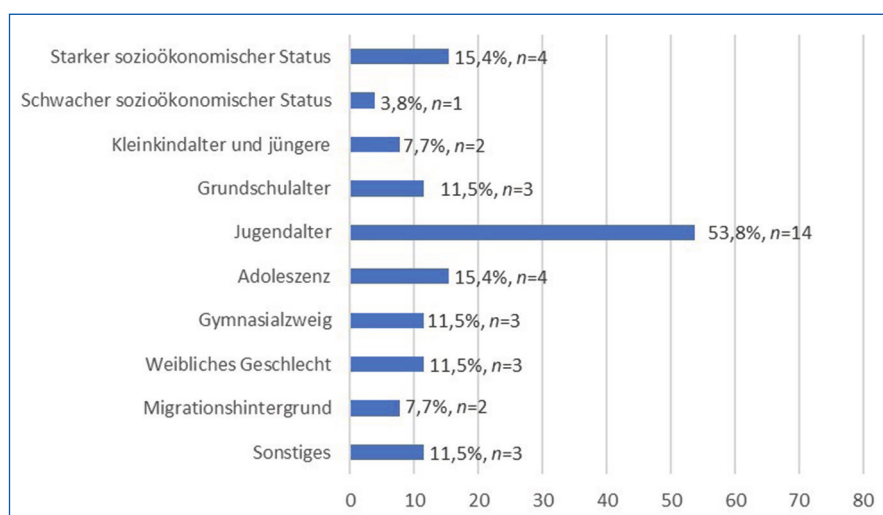


Abbildung 3: Veränderte personenbezogene Merkmale (n = 26)

Die bereits vor der Pandemie bestehenden kritischen Aspekte, wie lange Wartezeiten (Walendzik et al., 2014) wurden unter der Krisensituation weiter verstärkt. Daher beinhaltet die am häufigsten genannte Forderung ein größeres Angebot für Psychotherapie/Beratung. Laut Aussagen der Teilnehmenden kann dies u. a. durch mehr Zulassungen und den Ausbau von Therapieplätzen (ambulant und stationär) realisiert werden.

Flankierend dazu wurde vorgeschlagen, regelhaft vermehrt Fachkräfte (etwa Schulpsycholog*innen, Sozialpädagog*innen) in Schulen einzusetzen, um im Sinne der Prävention mögliche behandlungsbedürftige Auffälligkeiten und psychische Erkrankungen zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt zu erkennen und aufzufangen.

Einige Kolleg*innen gaben zu bedenken, dass ein niedriger sozioökonomischer Status zwar nach wie vor psychische Auffälligkeiten begünstigt, jedoch in Krisenzeiten offenbar Eltern mit höherem Bildungsabschluss über günstigere Voraussetzungen verfügen, sich um die gesundheitsbezogenen Belange ihrer Kinder zu kümmern, wie etwa

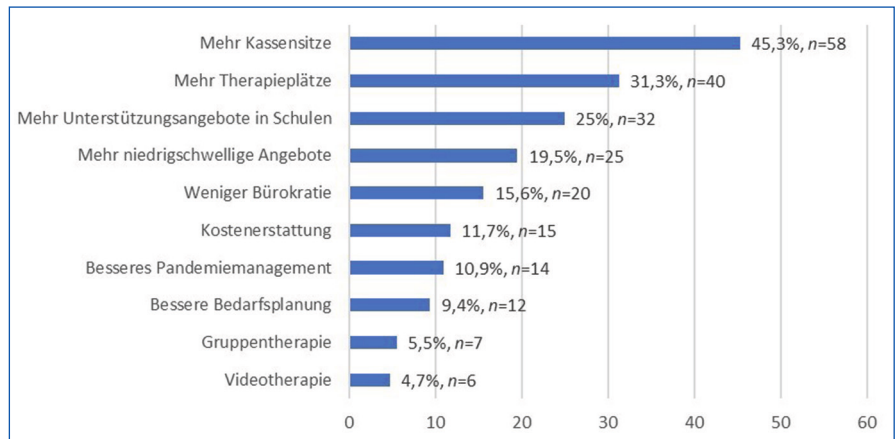


Abbildung 4: Maßnahmenwünsche und Forderungen der Befragten (n = 128)

die Informationsbeschaffung zu Unterstützungsmöglichkeiten. Mehr niedrigschwellige Angebote in Stadtteilen mit wirtschaftlich schwächeren Milieus könnten hier Abhilfe schaffen.

Die KJP-Kolleg*innen waren und sind bereit, ein umfangreiches Therapie- und Beratungsangebot zu ermöglichen und zu gewährleisten. Mit Blick auf den wahrgenommenen hohen bürokratischen Aufwand, insbesondere bei der Beantragung von Kostenerstattung bei außervertraglichen Psychotherapien in Privatpraxen, sehen sich viele Mitglieder jedoch in ihrem Engagement ausge-

bremst. Dies ist – bezogen auf womöglich seitens der Politik angeführter Argumente, dass es sich um einen aufgrund der Pandemie nur passageren Mehrbedarf handele – umso bedeutender:

Können kurz- oder mittelfristig keine weiteren Kassensitze realisiert werden, müssen die vorhandenen Optionen wie Kostenerstattung für die Patient*innen schneller zugänglich gemacht werden.

Die Literaturangaben finden Sie im ausführlichen Bericht auf der Website der PTK Hamburg.

TT

Redaktion

An den Texten und der Gestaltung dieser Ausgabe wirkten mit: Torsten Michels, Heike Peper, Dr. Tanja Tischler, Karen Walther, Kathrin Zander.

Geschäftsstelle

Weidestraße 122c
22083 Hamburg
Tel.: 040/2262260–60
Fax. 040/2262260–89
info@ptk-hamburg.de
www.ptk-hamburg.de